

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 05.09.2011	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Hauptamt 101	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschlussfassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler: 10, 101, 11, 530, 722	 Internetfähig Ja Nein ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2011/0331 Magistratsbeschluss-Nr.

Betreff: Stellenplan 2012

Vorlage vom: 10.08.2011

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt Kenntnis vom Stellenplan 2012 und stimmt zu.
2. Der Stellenplan ist die Grundlage für die Stellenbewirtschaftung. Die Personalbewirtschaftung ist an den Stellenplan gebunden.
3. Der Neuschaffung von 6,23 Vollzeitstellen gemäß Begründungsseite wird zugestimmt. Die hierdurch entstehenden Personalkosten sind noch nicht im Voranschlag enthalten.
4. Die Beteiligungsrechte sind zu wahren.
5. Der Stellenplan 2012 ist der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung zuzuleiten.

Anlagen: Stellenplan 2012

Datenschutzrelevante Anlage: ☒

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 01.09.2011

Zu 1. und 2.

Der Stellenplan 2012 weist die erforderlichen Stellen der Beamten und Tarifbeschäftigten aus und bildet somit den verbindlichen Rahmen für die Personalwirtschaft.

Er wurde entsprechend der gebildeten Teilhaushalte im Haushaltsplan und nach den Beschlüssen des Magistrats für die Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung aufgestellt. Die Teilhaushalte entsprechen – aufgrund der Haushaltsumstellung auf den Produkthaushalt – den Produktbereichen und nicht mehr den Ämtern. Die Vorgaben nach § 5 der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik (GemHVO-Doppik) sind mit einer Darstellung nach Teilhaushalten erfüllt, dennoch werden nachrichtlich die Stellen auch organisationsbezogen nach Ämtern aufgeführt.

Die im Stellenplan 2012 geforderten Besetzungsstände zum 30.06.2011 sind noch nicht ausgewiesen. Für die Darstellung des Stellenplans nach Ämtern werden die Besetzungsstände im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens nach Aufstellung durch das Personalamt nachgereicht.

Auf Grund der erstmaligen Aufstellung des Stellenplans in 2012 nach Produktbereichen erfolgt die Darstellung der Besetzungsstände nach Produktbereichen erstmals im Stellenplan 2013.

Zu 3.

Die Übernahme neuer Aufgaben durch Gesetzesänderungen und durch die Einbringung von städtischem Personal in die gemeinsame Einrichtung mit der Bundesagentur für Arbeit (Job-Center) führen zu Stellenplanforderungen in Höhe von 6,23 Vollzeitstellen gemäß nachfolgend aufgeführter Aufstellung.

Diese Maßnahmen sind im Voranschlag der Personalkosten nicht enthalten. Den Personalkosten in Höhe von 385.900 € für 6,23 Vollzeitstellen stehen direkte Erstattungsleistungen in Höhe von 141.000 € (Finanzierungsanteil des Bundes am Verwaltungskostenbudget SGB II) und indirekte Erstattungen für das Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) gegenüber. Bei letzterem erfolgt eine Gegenfinanzierung hauptsächlich durch schrittweise Erhöhung des Zuschusses zu den Ausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bis zur vollständigen Übernahme im Jahr 2014 durch den Bund.

Die Begründungen zu den jeweiligen Stelleneinrichtungen sind der Stellenplanvorlage und dort den jeweiligen Einzelblättern zu entnehmen.

Stellenplanforderungen:

Produktbereich	Amt	Maßnahme
2 – Sicherheit und Ordnung	32 - Bürger- u. Ordnungsamt	Neuschaffung 1,00 VZÄ A 9 m.D. BBesG (Einführung elektronischer Aufenthaltstitel aufgrund EU-Verordnung (Nr. 1030/2002; 380/2008))
5 – Soziale Leistungen	50 - Amt für Soziales und Prävention	Neuschaffung 1,50 VZÄ A 9 m.D. BBesG (Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT)/Anteil Amt 50)
5 – Soziale Leistungen	50 - Amt für Soziales und Prävention / Jobcenter DA	Neuschaffung 2,00 VZÄ EG 9 TVöD (Widerspruchssachbearbeitung)
5 – Soziale Leistungen	50 - Amt für Soziales und Prävention / Jobcenter DA	Neuschaffung 1,00 VZÄ EG 9 TVöD (Fachassistenz Außendienst)
6 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	51 - Jugendamt	Neuschaffung 0,73 VZÄ A 10 (Sachbearbeitung Vormundschaften)

Darmstadt, 01.09.2011

101

Dezernat I

Dezernat IV

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

André Schellenberg
Stadtkämmerer